

Die "Volkswacht"
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Gruenstr. 6/8,
durch die Post und
durch Telegraphen zu bezahlen.
Preis vierzig Pf. Mr. 2.50,
die Woche 20 Pf.
Verleihungsliste Nr. 7789.

Insertionsgebühr
berträgt für die eingangs
verzeichneten oder deren Räume
20 Pfennige für Bereits- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Anträge für die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 10 Uhr in den
Expedition abgegeben werden.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkhafte Bevölkerung.

mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 123.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Dienstag, den 30. Mai 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Geschichtliche Lehren vom Buchhauskurs.

Die Buchhausvorlage scheint einer hohen Regierung erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten, denn trotz der Ankündigung in der Thronrede ist bisher jeder Schritt im Reichstage unterblieben. Es ist geradezu erstaunlich, wie genau sich die Dinge wiederholen, wie in dem politisch und wirtschaftlich rückständigen Deutschland ganz dieselben Versuche vorgenommen werden, die in dem klassischen Lande der kapitalistischen Entwicklung, in England, heute der Vergangenheit angehören. Es sind eben die gleichen ökonomischen Bedingungen, welche hier wie dort den Kampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum auf wirtschaftlichem Gebiete zeitigen und die Mittel, welche angewendet werden, können dazu einen großen Unterschied zeigen. Warum zieht es kaum zwei Länder, in denen die Gesetzgebung so grundsätzlich verschieden ist, wie England und Deutschland, und trotzdem werden wir sehen, daß englische Richter mit genau so viel Erfolg aus dem Wust unzähliger "Verordnungen" und "Parlamentsakte" die Waffen zum Kampfe gegen die Arbeiter auszumählen wußten, wie die deutsche Praxis die unbeholfenen Wendungen des neuzeitlichen deutschen Strafgesetzbuches und der Gewerbeordnung zu den selben Zielen benötigt.

Allerdings, man hätte aus der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung lernen sollen, daß mit allen Gewaltmaßregeln und Käufen absolut nichts erreicht worden ist, denn die englischen Gewerkschaften sind trotz — und zum Theil in Folge — dieser Praktiken ihrer Gegner zu dem geworden, was sie sind. Es scheint aber gewissen Leuten die Geschichte ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Wir wollen im Folgenden aus dem reichen Material, das in dem vorzüglichen Werke von Sidney und Beatrice Webb über "die Geschichte des britischen Trade-Unionismus" enthalten ist, einige Beispiele dafür anführen, was mit all den Chikanen erreicht wurde.

Die englische gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist ein Produkt des Kapitalismus, sie entwickelte sich genau parallel mit diesem. Die Versuche, sie aufzuhalten, beginnen schon sehr früh: 1799 wurde an Stelle einer Anzahl alter Verordnungen ein Gesetz erlassen, welches direkt jede Koalition verbot, sowohl die Koalition der Arbeiter, als der Unternehmer; natürlich wurde es niemals gegen die letzten, wohl aber oft gegen die ersten angewendet. Das hinderte aber nicht, daß die Arbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse sich trotzdem im ausgedehnten Maße in dieser oder jener Weise, mehr oder minder offen zusammenschlossen, und was die Entwicklung der französischen Revolution nicht zu Stande brachte, das vermochten die gerichtlichen Chikanen — der englische Arbeiter begann sich für die Politik zu interessieren, und 1824 fiel das Koalitionsverbot. Allerdings wurde ein Jahr darauf von den erschreckten Unternehmern dieses Gesetz zum Theil verschlechtert, aber man sah ein, daß das Prinzip der Koalitionsfreiheit zu einer sozialen Notwendigkeit geworden war. Die gewerkschaftlichen Arbeiter-Vereine entwickelten eine lebhafte Tätigkeit.

Diese Tätigkeit jagte der herrschenden Klasse keinen geringen Schrecken ein, und ein Monarch war es, der die Initiative zu ihrer Unterdrückung ergreifte: "Der König" — heißt es in dem genannten Werke — "war über den Zusammenritt des Bauhandwerker-Parlaments" eine Zusammen-

kunft der Delegierten der Bauhandwerker im Jahre 1833 zu Manchester) sehr beunruhigt und drängte das Ministerium, energische Maßregeln zu treffen. Und Mr. Roth, Vertreter für Snaresborough, kündigte im April 1834 die Einbringung eines Gesetzentwurfs an, der die gewerkschaftlichen Verbindungen unmöglich machen sollte — ein Antrag, der von einer großen Zahl Fabrikanten energisch unterstützt wurde." — Jedoch der Minister, der vorsichtiger war, brachte kein Buchhausgesetz ein und die Regierung entzog den Stumms — pardon! — den Roth's ihre Unterstützung. Aber dieser Minister, Lord Melbourne, gab den Richtern einen Wink mit dem Zaunpfahl, indem er erklärte, man könne den Verbindungen der Arbeiter ja auf "Grund des gemeinen Rechtes" zu Leibe gehen.

Es hagelte denn auch Strafen: Arbeiter wurden verklagt und verurtheilt, nur weil sie an Kameraden schrieben, es werde ein Streit stattfinden. Das Gesetz von 1825 hatte die Koalitionsfreiheit anerkannt, aber es verbot "Belästigung und Hinderung" Arbeitswilliger, wie man heute zu sagen beliebt; es wurde aber auf Grund dieser Bestimmung das Streikpostenstellen bestraft; es war eine "Belästigung", wenn Unionisten erklärten, nicht mit unorganisierten Arbeitern zusammen arbeiten zu wollen, und die Strafen waren überaus hart, besonders nach dem Wink des Ministers. Zu dem Monstrum eines "Großen Haft-Paraphraphen" hat es die damalige englische Gesetzgebung allerdings nicht gebracht, aber es bestand ein Gesetz — dessen Ursprung auf das Jahr 1349 zurückzuführen ist! — über die Beziehungen der Herren zu ihren Dienern, das berüchtigte "Master and Servant Law". Dieses Gesetz bestraft einen Kontraktbruch Seitens des Arbeiters mit Gefängnis und dem Richter stand es zu, den beschlagten Arbeiter ohne Weiteres in Untersuchungshaft zu nehmen. Eine Verurteilung gegen das Urteil des Friedensrichters, der in vielen Fällen selbst Unternehmer war, gab es nicht. Da zu kommt, daß dieses ungeheurelle Gesetz in der Verurtheilung zu Gefängnis keine Erledigung für die Schuld war, so daß ein Arbeiter für denselben Kontraktbruch immer und immer wieder ins Gefängnis gebracht werden konnte. In einem einzigen Jahre sind auf Grund dieses Gesetzes 10,839 Anklagen erhoben worden und in den meisten Fällen erfolgte Verurtheilung.

Wie man sieht, wurde die "Klinke der Gesetzgebung" in England noch fleißiger gegen die Arbeiter gedrückt wie in Deutschland. Was die Unternehmer anbetrifft, so haben sie das famose Wort vom "Herrn im eigenen Hause" lange vor den Stümmlungen gekannt und die Versuche ihrerseits, die Arbeiter durch Unterschrift zum Austritt aus den Gewerkschaftsvereinen zu zwingen, haben niemals aufgehört.

Trotzdem entwickelten sich die Gewerkschaften unaufhörlich, weder der Druck der Unternehmer, noch die Chikanen der Gerichte konnten etwas daran ändern. Im Jahre 1871 setzten die Arbeiter endlich durch, daß ihre Vereine gesetzlich anerkannt wurden, während bis dahin das Vermögen eines Gewerkschaftsvereins durchaus den Vertreternsmännern auf Treu und Glauben überwiesen war. Aber gleichzeitig fabrizierten die Unternehmer ein Gesetz, das den Arbeitern das Streiken erschweren sollte, indem die Bestimmungen über die Strafbarkeit der "Belästigung" eher noch verschärft wurden. Es bestand also damals ein Zustand in England, wie wir ihn ungefähr heute in Deutschland haben: "Ein Streik war vollkommen gesetzlich, aber wenn die angewandten Mittel darauf berechnet waren, auf den Unternehmer einen Zwang auszuüben, so

waren diese Mittel ungesehlich und eine Verbindung, die dem Zwecke diente, eine gesetzliche Handlung mit ungesehlichen Mitteln durchzuführen, war eine strafbare Verschwörung. Mit anderen Worten, der Streik selbst war gesetzlich, aber Alles, was behufs Ausführung eines Streiks getrieben möchte, war strafbar. So zerriß die Richter den zur Abhilfe bestimmten Gesetzesakt, und jede folgende richterliche Entscheidung ging weiter und schuf neue Gefahren."

So das Gesetz, und auf das Strengste wurde es gehandhabt: "1871 wurden sieben Arbeiterinnen zu Gefängnisstrafen verurtheilt, blos weil sie zu einem Streikbrecher "hah" gesagt hatten. Unzählige Verurtheilungen wegen Schimpfworten wurden verhängt. Fast jede Handlung eines Trade Unionisten, die darauf gerichtet war, einen Arbeiter zu veranlassen, in einer mit Streik belegten Werkstatt keine Arbeit zu nehmen, hatte unter dem neuen Gesetz Verurtheilung zu mit harter Arbeit verbundenem Gefängnis zur Folge. Die unerträgliche Ungerechtigkeit dieses Zustandes der Dinge wurde noch auffälliger gemacht durch die den Unternehmern gewährte Freiheit, sich jeder Form von schwarzen Listen" und "Führungszeichen" zu bedienen. Für Belästigungen und Behinderungen dieser Art erfolgte nie eine Anklage. Nie wurde ein Unternehmer unter diesem Gesetz, das angeblich auf beide Parteien Anwendung finden sollte, auf die Anklagebank gebracht." Und was war das Resultat? Die englischen Arbeiter griffen jetzt energisch in die Politik ein, bekleideten sich an den Wahlen mit vollem Verständnis ihrer Klasseninteressen und 1875 wurde mit all den alten Gesetzen aufgeräumt. Nach fünfzig Jahren schweren Kampfes war endlich die unbedingte Koalitionsfreiheit errungen!

Der einzige Unterschied zwischen dem Zustande, welcher vor einigen Jahrzehnten in England herrschte und dem Zustande in Deutschland besteht darin, daß die politische Freiheit der englischen Arbeiter ihnen den Kampf zum Theil erleichterte. Andererseits konnten, sie hoffen in den Reihen der Besitzenden Wortschriften zu finden und haben sie auch gefunden; allerdings wiederholt gehörten die Politiker hier dem Zwange, nicht dem freien Willen, indem sie bei der Wahl sich zur Unterstützung der Forderungen der Arbeiter verpflichten mußten. In Deutschland haben die Arbeiter bei ihrem Kampfe um die Koalitionsfreiheit mit der ganzen Übermacht der Staatsgewalt zu kämpfen, und auf die Unterstützung bürgerlicher Ideologen können sie in einer Zeit, da deutsche Professoren sich die Delbrückerei gefallen lassen, sicher nicht rechnen. Aber andererseits besteht auch der große Unterschied, daß die deutschen Arbeiter als Klasse über eine politische Macht verfügen, wie sie die englischen nie besessen haben. An dieser Kraft, welche die Sozialdemokratie den deutschen Arbeitern verleiht, müssen die kurzfristigen Bestrebungen des Buchhauskurses zu Grunde gehen.

Der Unternehmer-Terrorismus

nimmt immer bedrohlichere Formen an. Dieser Tage veröffentlichte unser Blatt zwei gegen Arbeiter erlassene Verhörschriften, die in erheblichem Maße allgemeines Interesse in Anspruch nehmen dürfen, weshalb wir hier noch einmal darauf zurückkommen. Der eine Verhörschrift überreicht eine schwere Lücke von Schiffszimmerleuten, die auf drei Hanburger Werften in Streik getreten sind. In dem anscheinend durch ganz Deutschland verschickten Rundschreiben wird erzählt, daß ein derartige Arbeit zu suchen, "bis wir Ihnen Nachricht geben, daß diese Angelegenheit geordnet ist." Neben den Thatbestand wird lediglich mitgetheilt, daß die Betroffenen mit einer Lohn-

böses Verhängnis verhindert werden sollten, morgen oder übermorgen . . .

"Wie, mein tapferer Ritter, blasen Sie schon zum Rückzug, nachdem Sie hören, daß die Ihrem Schutz und Schirm empfohlene Dame nicht mehr ganz jung, und deren Freundin frank ist?"

"Verstehen Sie mich wohl, gnädige Frau! Ich dachte in diesem Augenblicke nur daran, daß ich, wie gesagt, von einem fröhlichen Gelübde gefesselt sei; daß ich in der Gewalt von Zufälligkeiten stehe. Aber nur Gefangenshaft und Tod sollen mich hindern, Ihnen mein Wort zu erfüllen."

"Sie flüchten viel zu schreckliche Hindernisse, lieber Hauptmann. Ich vertraue Ihnen mit vollem Herzen. Bis zu Ihrer Rückunft in's Schloß soll auch für die nötigen Transportmittel gesorgt werden, was eben jetzt keine leichte Sache sein wird. Die Franzosen haben unsere wenigen Pferde im Beschlag genommen, fast sämtliche, welche man in diesen Thälern besitzt. Doch, was wir nicht gelingt, wird, hoffe ich, dem Vater Gregorius möglich werden."

"Also ist er bei der Angelegenheit ebenfalls im Spiele? Er ließ diesen Morgen einige Worte fallen, die darauf hindeuteten, erklärt sich mir jedoch nicht deutlicher."

"Warum hat er's nicht?" entwiderte Frau von Rastenberg. "Er selbst ist sogar der, welcher zuerst den Gedanken an Sie lebte, obgleich Fräulein Pauline Bedenken trug, und es sogar unschönlich fand, sich den Händen eines jungen Herrn anzubutrauen . . . Worüber denken Sie nach?"

"Nur eine Bitte, gnädige Frau, eine dringende, flehstliche! Habe ich in meiner Freizeit von Ihnen und der jungen Dame in Trauerkleider bloß geträumt? Es ist unmöglich; die Erscheinung war mir gar zu deutlich. Und heute wieder, diesen Morgen sag' ich doch in anderer Gewißheit, denkt eine ähnliche Gestalt; es gehörte einer jungen Männerin . . . Ich erkläre es nur unbedingt, nur dem Herrn"

Die Rose von Disentis.

von Heinrich Blaelli

„Alles, gnädige Frau, was Sie verlangen, und wenn es Ihnen mögt, mein Leben, das ich Ihnen schuldig bin.“

„Ich halte Sie für ehrlich genug, lieber Hauptmann, lebt Ihr Leben für eine Dame auf das Spiel zu setzen. Wenn ich nun aber um ein solches Wagnis, aber um etwas Leichtliches, bitten würde?“

„Betrachten Sie es, ehe Sie, meine Gnädige, darum bitten wollen, als schon zugesagt.“

„Gilt es im Ernst?“ fragte sie lächelnd und reichte ihm die offene Hand dar.

„Hier mein Handschlag!“ erwiderte er, und zog die dargebotene Hand der Herrin an seine Lippen.

„Wohlan, mein geriever und tapferer Ritter, jetzt bin ich zufrieden. Hören Sie meine erste Bitte, der aber noch eine lange Reihe anderer folgen wird. Verlassen Sie dies Schloß nicht, bis ich es Ihnen erlaube; die Erlaubnis hoffe ich Ihnen in wenigen Tagen geben zu können.“

Florian, der dies am wenigsten erwartet hatte, fühlte sich in einer beengenden Verlegenheit. Er kann einen Augenblick darüber nach, ob er sein Vorhaben für den folgenden Tag entdecken dürfe?

„Es scheint beinahe“, hob die Dame nach kurzem Schweigen an, „schaue die erste Bitte fällt Ihnen etwas schwer auf's Herz?“

„Vielleicht am schwersten von allen möglichen anderen“, murkte Florian. „Bittehe Sie selbst. Ich mache mich heute schon durch ein unwiderstehliches Versprechen verbindlich, morgen eine kleine Wandertour in die Nachbarschaft zu machen. Seien Sie mir diese, so bin ich am Abend oder zeitig am folgenden Tage zurück.“

„Warum sollte ich Ihnen nicht eine kurze Abwesenheit gestatten? Wenn ich nur Ihrer Rückkehr vollkommen versichert bin. Und nun die zweite Bitte! Es gehen düstere Gerüchte von einem nahe bevorstehenden Kampfe der Kaiserlichen und Franzosen in unseren unglücklichen Thälern. Wege und Stege sind durch unser bis zur Wuth aufgeregtes Volk unsicher. Eine hilflose, verlassene Freundein wünscht unter solchen Umständen Flüchten sobald als möglich verlassen zu können. Sie wohnt nicht in Disentis. Wollen Sie sie in Ihren Schutz nehmen und über die Grenze nach Deutschland, oder Italien, oder in die Schweiz führen?“

„Ohne Bedenken, meine Gnädige“, unterbrach sie der Hauptmann. „Die Stunde bin ich freudig bereit, Ihre Befehle zu erfüllen. Wer, wenn die Frage erlaubt, ist die Verfolgte, und warum flüchtet sie?“

„Das wird Ihnen die Verfolgte selbst anvertrauen, sobald sie sich in Sicherheit weiß. Sie ist und heißt Fräulein Pauline von Stettlen. . . Doch muß ich Ihnen sagen, junger Herr, die Dame ist weder sehr jung, noch sehr schön; vielleicht ein paar Jahre älter oder jünger als ich selbst. Sie wird von einer Diennerin und einer Freindin begleitet. Die Letztere leidet unglücklicherweise an einer hässlichen Krankheit. Aber Fräulein Pauline will sich von der armen Person nicht trennen, und diese will lieber sterben als von ihrem Schutzengel scheiden und zurückbleiben. Sie hat, wie ich Ihnen sagen muß, einen furchtbaren Krebschaden im Gesicht und dadurch — denken Sie sich das Elend! — schon eines der Augen so gut als verloren. Wie ist's? Verlieren Sie den Mut noch nicht?“

„Durchaus nicht, gnädige Frau. Sie haben mit des Guten so unendlich viel erwiesen, daß, was Sie von mir fordern, auch alles viel zu wenig ist. Sie haben Recht; es sind gefährliche, unsichere Zeiten. Gebe mir der Himmel, daß ich morgen . . . Wie aber, wenn ich durch irgend ein

erhöhung von 20 Pf. nicht zufrieden waren, sondern 40 Pf. verlangten. Wie hoch der Lohn sich stellte, ob ein Verfahren zur Klärung stattgefunben sei, ob den Arbeitern etwa ein Vertragsbruch oder sonst irgend etwas zum Vorwurf gemacht wird, darüber verlautet nichts. Lediglich auf Grund der Thatsache, daß diese Werken den geforderten Lohn nicht bewilligen wollen, werden alle Anderen erachtet, die Arbeiter auszusperren, bis zu einem Zeitpunkte, der einheitig von den Gegnern dieser Arbeiter bestimmt werden soll. Die drei schwarzen Listen von 15, 12 und 5 Arbeitern zeigen, wie sorgfältig bis in's Kleinste hinein dieser Apparat jetzt arbeitet. Ein Beispiel für die Arbeit im Großen gewährt das zweite Rundschreiben. 55 Steamer der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hatten am 16. Mai die Arbeit niedergelegt. Nicht genug an dem, daß am nächsten Tage die Namen der Arbeiter durch eine schwarze Liste den Verbandsmitgliedern bekannt gemacht wurden, verlangt das Rundschreiben noch, daß auch andere Arbeiter von dieser Werft nirgends angenommen werden sollen.

Die "Frank. Ztg." unterrichtet diesen schamlos-sivolen Terrorismus folgender Kritik: „Damit ist eine neue, unjeress Wissens bisher noch nicht geübte Erweiterung des Schwarzen-Listen-Systems eingeführt und die öfter angestrebte Arbeitersperre in Pausch und Bogen auch wirklich erfolgt. Es sollen also möglichst alle Arbeiter gehindert werden, eine eventuell nach ihrer Ansicht schlechte Arbeitsstelle zu verlassen. Ja, dem Vorlaute nach würden sogar solche Arbeiter unter die Sperre fallen, denen der Unternehmer gekündigt hat. Dann soll der Arbeiter, den ein Unternehmer brotlos mache, auch brotlos bleiben. Die deutsche Werksindustrie ist in Arbeiterangelegenheiten vollständig an die Metallindustrie angegliedert, wie denn auch die genannten beiden Verträge vom Verband der Eisenindustrie getroffen sind. Dieser Verband ist auch an der Türlücke von uns besprochenen Begründung eines eigenen Streikbrechervertrags beteiligt. Auf der Befreiung von Streifenlen fängt es an, mit der Ausdehnung der Sperre auf Arbeiter, die nicht gesetzlich haben, wird es fortgesetzt, und da es Arbeitgeber, die sich solcher Mittel bedienen, bestreitbar keine nicht gelingen will, ihre Arbeiter zu halten, muß ein eigenes Organ gegründet werden, um neue Arbeiter anzuladen unter Bedenklung des Umstandes, daß sie nur zu Streikbrechdiensten geführt werden. Das sind die Leute, die ich über „Befreiung“ beflegen.“

Von der offiziellen Sozialreform.

Der offizielle Münchner "Allm. Ztg." wird aus Berlin berichtet: Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat sich bereits die Mehrzahl der bayerischen Regierungen mit Entschiedenheit dagegen erklärt, daß in die Gewerbeverbände eine Bestimmung über einen obligatorischen Ladenabzug aufgenommen werde, wie ihn die Kommission des Reichstages vorschlägt zu machen glaubt. —

Wer hätte daran zweifeln können, daß die bayerischen Bundesregierungen gegen diesen "Eingriff in die Freiheit" der Unternehmer Einspruch erheben würden.

Die Justiz und die Sozialdemokratie.

Dem Oberverwaltungsgericht wird in einem Schriftteil der "Polit." wegen der Bestürzung des Urteils, durch welches die vor dem Kreisaußgericht gegen den Gemeindevertreter Schölke-Rahnitz disziplinarisch verhängte Disziplinierung bestätigt wird, volle Unterstützung ausgesprochen. Man werde erwarten dürfen, daß die in der Begründung durchgeführte Auffassung des höchsten rechtsgerichtlichen Gerichtshofes für die gesamte Staatenrepublik in allen ihren Zweigen die maßgebende Richtsäule im Sinne auf das Berholten gegenüber der Sozialdemokratie und ihrer Agitation stehen werde. — Sind nicht Stärke und Tat gegen die rechten Kämpfer?

Sie beschwore Sie, seien Sie lieb und gut; halten Sie mir das dem wütenden Deutme!

Went es ein angenehmer war, lieber Hauptmann, mehr als je recht graum, ihn zu entrichten, und war er unangenehm, so lärmte ich mit dem lieben Waller nicht. Das Gericht, welches Sie heute leben, ist mir leider ja mindestens als Ihre Brüder im Fleischer. Mit dem hier hätte die Danksgabe wohl die Söhne etwa Neubrandenburg.

Dort mit Niemandem, über mit einer Dame in Wien, mit einem . . . nein, ich fühle es selbst, es ist eine Unmöglichkeit! Und doch, so eng kann mich die Phantasie nicht bringen!“

Der längere Planum im Betrieb, Zweck, Belehrung und Bildung fortwährt, ebenso höher kommt er die Gewerbe des freien Sozialisten. Sie will nicht rütteln, da sie lange und mit allem Anstrengung weiblicher Schönheit und Weisheit auszuprägen, bis sie über die eigene Gewerbe vollkommen autorisiert war, die er ebenso lebhaft zu haben als zu lieben wünscht.

Das Gericht bemerkte bis spät in die Nacht. Als er in sein Zimmer zurückkehrte, stand er schon Schlaf. Gru gegen Störungen belastet er sich in nachdrückliches Versprechen.

26.

Gesetztagungen aller Art

Arbeitsarrest, immer stärker Boden an der Zelle mehr als für erforderlich, als daß die Wärter lange, bis es keinen Nutzen sei. Er gebraucht Will Seine's und der Gefangenen, nachdem sie häufig in die Kleider und ganze auf zu ziehen, vielleicht kann das gleichzeitige Angesicht für das Gefangen kein Verzweiflungszustand zu haben. Ganz Will Seine's sei, als er den Sämann öffnet, der Wachbeamten ihm gestattet, der seine Zelle einzutreten, und sich über Gleichen's zukünftiges Leben zu unterhalten.

Wie steht es mit der Polizei. Sie zieht hauptsäch-

Aus Stöllers Reich.

Unter dem Ausweisungslutse in Schleswig-Holstein ist nichts unmöglich, auch nicht eine Hochzeit mit Kindernissen. Aus Habersleben wird gemeldet: In der Kirche zu Sem, unmittelbar jenseits der Grenze, fand dieser Tage eine Hochzeit unter eigenartigen Verhältnissen statt. Der Bräutigam, der Fischer Post aus Spandau, mußte sich ohne Braut jenseits der Grenze begeben, denn die Braut war vor kurzem ausgewiesen worden, weil deren Dienstherr, Hufner Andersen in Rurup, eine dänische Versammlung in Tønslund besucht hatte. Sobald die Trauung beendet war, kehrte das junge Ehepaar nach Spandau zurück. Am Tage darauf erschien ein Gendarm, um das ausgewiesene Mädchen, von dessen Verheirathung er noch nichts erfahren hatte, aufs Neue über die Grenze zu verbieten. Dieses Bemühen war jedoch vergeblich, denn jetzt war die ausgewiesene Person durch ihre Verheirathung preußische Unterthanin geworden. Sie wird nun fortan den preußischen Staat ebenso mit starkem Arm stützen, als sie ihn vor ihrer Vermählung gefährdet habe. So geschehen 1899.

Das Prinzen-„Attentat“.

Die wegen der am 23. d. Mts. bei Jarec erfolgten Zerstörung eines Wagenzimmers des Schnellzuges, in welchem Prinz Leopold sich befand, eingeleitete Untersuchung ergibt, daß diese Zerstörung durch einen unvorhaltigen Schuß eines jungen Mannes verursacht wurde, welcher in der Nähe der Bahnhoflinie mit einem Feuerwerkskörper auf Vogel geschossen hat. Die Dresdner Behörden aber halten sofort von einem „Attentat“ gerückt.

Mehr Schiffe. Zu dem Rufe unserer Flottilen-Absturzflieger nach mehr Schiffen post verzögert die Meldung, daß angekündigt wurde, daß die Artillerie-Schiff "Mars" soll auch in diesem Jahre wieder den englischen Sportästen des Kriegs-Teppel-Gebietes als Geschützflieger dienen. In diesem Stede soll der "Mars" zum 15. Juni nach Helgoland gehen, um am 22. Juni wieder nach Riel zurückzukehren.

Bei der Reichstagserstwähle im 2. niedersächsischen Wahlkreis wurde, wie das nunmehr veröffentlichte amtliche Wahlergebnis ergibt, der Zentrumskandidat Eichinger gewählt. Er siegte mit 6965 Stimmen über den Bauernbündler Wieland, der 5755 Stimmen erhielt.

Ausland.

Die österreichischen Witten.

Die Entschließung der Krone — das ist der österreichischen Macht — liegt Schluß. Der Kaiser soll über die Streitfragen, die zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung stehen, entscheiden. So breiten wenigstens die Zeitungen. Da Wohlfeil handelt es sich aber nicht darum, zu bestimmen, wer von beiden Parteien in der Sache selbst Recht behalten soll, sondern vielmehr um die Frage, welche von beiden Regierungen den Platz zu räumen habe. Also eine Art amerikanisches Dasein zu erhalten mit Dingen so reich gesetzten Handel. Die Entscheidung erfolgt allerdings nicht so ganz nach dem Gesetz, wie man vielleicht glauben würde. Der Kaiser wird die politischen Verhältnisse nicht ganz verstanden. Ganz sicher steht er die Frage auf, ob die Gesetzlosigkeit der Krone bis zum Jahre 1893 oder bis zum Jahr 1903 einzuhören sei. Denn in dieser Frage handelt es sich um einen Gegenzug der österreichischen Unterfranken vor der Stadt, wo eigentlich würde der Kaiser es sonst auftragen, daß er das Gesetz eines der beiden von ihm regierten Staates dem anderen Staat anlegen wolle. Das das Gesetz auf Seite der österreichischen Regierung steht, wird vielleicht durch andere Gründe, daß die österreichische Führung Konzil befreit. Wenn der Kaiser den ungarischen Staatsminister vor dem 19. Mai 1898 seine Standpunkte zur Demokratie erläutert, so würde er das eine sehr große private Sache, um dem der Opposition mühlos zu überreden. Kein Zweck. Sein ungarische Regierung, die für die österreichischen Parteien sozialistische Interessen vertreten, würde den österreichischen Gesetz nicht neu erneut. Der ungarische Staat besteht aber wahrscheinlich in einer unerwarteten österreichischen Entscheidung reiben.

der Budapester Börse einer ungenierten Schacherbube in Gestalt seines Parlaments. Das österreichische Heim ist aber ohnehin so stark, daß es transfer nicht gemacht werden kann. Der Sturz des Grafen Thun wird schwerlich im Lande große Entrüstung hervorrufen, und seinem Nachfolger wird es kaum gelingen, schlechter zu regieren, als er es gethan hat. Ungarn hat noch etwas zu verlieren: das Klassenparlament und seine Ordnung, wenn es auch nur eine ungarische Ordnung ist. Österreich hat nichts zu verlieren, weil es nichts von alledem besitzt. Immerhin aber ist es interessant, zu sehen, wie die österreichischen Minister, die nicht durch den Unwillen des Volkes hinweggefegt werden, immer sterben müssen, wenn sie etwas Naches und Vernünftiges thun. Taaffe starb an der Wahlreform, Gauths an der Abänderung der Sprachenverordnungen, Thun fällt durch die Vertretung berechtigter Interessen. Wer Thuns Nachfolger sein wird, weiß kein Mensch. Ein Mann wird gesucht, der eine Arbeit verrichten will, die selbst einem Thun zu schwach war.

Der Prozeß Dreyfus.

Der Cassationshof begann Montag um 12 Uhr Mittags bei überfülltem Saale die Verhandlung. Schon eine Stunde vorher trafen die Zeugen und Journalisten ein. Im Innern und außerhalb des Palastes sind umfassende Maßregeln getroffen, jedoch herrscht vollkommene Ruhe. Nur wenige Neugierige sind in der Nähe des Gerichtsgebäudes. Als um 1/212 Uhr die Türen des Verhandlungssaales geöffnet wurden, strömten aus den Wandgängen die Advokaten und Berichterstatter in den Saal. Ballot-Beaupré beginnt sofort die Vorlesung seines Berichts. Es erinnert daran, wie der Prozeß im Jahre 1894 begann, erwähnte die Gutachten der Sachverständigen, die Proteste des Dreyfus, das Verhör des Patry de Clans, den Bericht von d'Ormeville, des Richterstatters von 1894, welcher hervorhob, Dreyfus habe erklärt, er kenne die in dem Vordereau erwähnten Schriften nicht. Im weiteren Verlauf seiner Berichterstattung stellte Ballot-Beaupré die strafaren Machenschaften Henrys und du Patry de Clans gegen Dreyfus fest. Beaupré hebt hervor, einen wie bedeutenden Eindruck beim Prozeß Dreyfus im Jahre 1894 die Zeugenaussagen Henrys gemacht haben, der damals eindlich vernichtet habe, daß Dreyfus schuldig sei. Beaupré weist ferner darauf hin, daß Henry stets Picquart gegenüber eine feindselige Haltung, dagegen Patry de Clans und Estignac gegenüber eine freundliche Haltung eingenommen habe. Der Berichterstatter geht sodann auf die Denkschrift des Advokaten Mornard ein, welche die einander widersprechenden Gutachten der Sachverständigen einer Beprüfung unterzieht.

Der Gang der Verhandlungen vor dem Cassationshofe wird dieser sein: Montag und Dienstag liest der Richter Ballot-Beaupré seinen Bericht, Mittwoch der Rechtsanwalt Mornard seine Anträge, Donnerstag liest der Oberstaatsanwalt Maran seine Arbeit, Freitag berath sich das höchste Gericht und Sonnabend verkündet werden. (?)

Zum Nothstand in Russland

schriften man dem "Hann. Courier" aus Petersburg:

"Wenn sich auch die Offenlichkeit jetzt mehr mit den oft so furchtbaren Zuständen unter der Landbevölkerung in vielen Theilen dieses ungeheuren Reiches beschäftigt und darüber in manchen Punkten Abhilfe gesuchten worden ist, so ist die Lage einer großen Zahl der Unterthanen des zaristischen so entsetzlich, daß man sich kaum eine Verstellung davon machen kann. Nur ab und zu gelingt etwas darüber weiteren Kenntnis. So ist auf dem Verzelongrätz, der in Kasan liegt, jetzt über die Verbreitung, die der Skorbut im Kasanischen Gouvernement nimmt, berichtet worden. Professor Wioski erzählte, daß er im Winter den Szapiskischen Kreis bereiste, um sich über den hygienischen Zustand dort zu unterrichten. Er fand diesen geradezu furchtbar. In Oderfern, die vor 20 Jahren noch für sehr wohlhabend galten, fand er keine Hütten mehr, sondern elende Staelungen, im Schnee saß verzweigt. Im Innern lagen im Finsternis und vor Frost fast erfroren die Kranken. Sie waren völlig zusammenkrümmt und wenn man sie aufheben wollte, stöhnten sie herzerreißend oder trieben selbst die schrecklichen Schreie aus. Die Gesamtzahl der Personen, die an dem furchtbaren Leid leiden, ist mit Sicherheit nicht anzugeben, doch bekäuft sie sich auf mindestens 20,000. Die Schilderungen des entsetzlichen Zustands machen auf die verantwortlichen Ärzte einen solchen Eindruck, daß sie sofort eine Subskription unter sich eröffnen, um eifrigmäßen Abhilfe zu schaffen. Das gesammelte Geld soll entweder zur Errichtung von Sanitätskolonien verwandt werden oder für die Naturalversorgung der nothleidenden Bevölkerung. Eine Kommission wurde ernannt, um darüber Beschluß zu fassen und die Hilfeleistung zu organisieren."

Russische Gefängnis-Greuel.

Bei einem schrecklichen Ereignis, welches sich Mitte April im Moskauer Draßsportuntergefecht ereignet hat, erhalten wir erst jetzt Kunde. Am 15. (3) April begab sich der im Februar verhaftete Student Hermann Liewen mit Petroleum, band sich darauf fest und zündete seine zettelarmudsträchtige Kleidung an. Um 4 Uhr früh wurde er, in einem unheimlichen Klumpen Fleisch verwandelt, nach dem Karlsfelder Haus gebracht. Die Leiche wurde nach Nizhny Novgorod übergeführt, wo sie mit Gesang und Klängen auf dem Begräbnis empfangen und nach dem Kirchhof geleitet wurde. Zwei Tage darauf fand in Moskau zu Ehren des so schrecklichen Beispiels eine Demonstration statt, die wütet sich gegen 400 Personen, meist aus den Kreisen der führenden Jugend, beteiligten.

Von den Philippinen.

Die von den Philippinen abgelehnten Friedensverträge der Amerikaner gingen definitiv dahin, daß ein Amerikaner als Gouverneur und ein aus Amerikanern und Philippinen gemischtes Ministerium die Regierung bilden sollten. Aguinaldo's Delegierte haben diese Machtdelteilung als höchst unzumutbar erklärt. Sie forderten ein reaktionäres Ministerium und wollten Amerika außer dem

Gouverneurposten nur noch die Haltung von Garnisonen in drei Städten bewilligen. Darauf glaubte Mac Kinley noch nicht eingehen zu wollen, und so verließ die Verhandlung schullos. Die Philippinos ihrerseits haben die Feindseligkeiten wieder eröffnet. Einen Vorheil hat die Pause jedenfalls gehabt. Amerika kennt jetzt die Bedingungen, auf welche Aguinaldo Frieden schließen will und kann.

Parlamentarisches.

Das Abgeordnetenhaus findet bei seinem Zusammentreffen am 6. Juni einen überaus reichhaltigen Arbeitsstoff vor. Nicht weniger als 24 Regierungsvorlagen sind noch zu verabschieden, von denen einige, wie besonders das Gemeindewahrechts-Gesetz, noch nicht einmal die erste Lesung passiert haben. Dazu kommen eine Anzahl Anträge aus der Mitte des Hauses und zahlreiche Kommissionsschriften.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunfall. Von dem Personenzug 606 sind Sonntag um 12 Uhr in einem Kilometer 14,8 der Strecke Osnabrück-Braunschweig, Packwagen und 5 Personenwagen entgleist. Der Lokomotivführer und ein Brenner sind leicht verletzt; Reisende sind nicht verletzt. Der Betrieb wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Zu den Jenaer Studenten-Erzessen berichtet man dem "Vorw." noch, daß der Wirth des Deutschen Hauses 1800 Mark Schadensersatz verlangt — ein Beweis, wie vandalisch die jungen Herren gehaust haben.

Der 17-jährige Schneider Grodall erschöpft zu Hamburg am Sonntag den 11.-jährigen Hans Pfeilipper und dann sich selbst. Vermöglich liegt ein Lustmord vor.

Durch vorzeitiges Entladen eines Sprenggeschusses in einem Steinbruch bei Leibnitz (Sachsen) wurden zwei Arbeiter getötet.

Bei dem Einschlag einer Mauer wurden in Bockum zwei Männer verletzt; einer liegende Arbeiter verschüttet. Die Verletzten wurden bald unter den Trümmern heraugeholt.

Der Elbh-Schacht bei Seestadt (Böhmen) wurde in Folge des Einbruchs des Abbauplanes und der hierdurch hervorgerufenen Erweiterung einer mit Wasser gefüllten Rinne überschwemmt. Drei Männer werden vermisst; ein höherer Bergbeamter wurde schwer verletzt.

Abschlag in den Bergen. Der erst seit wenigen Monaten da nach thätige evangelische Pfarrvater Otto Baumgart ging zur Predigt nach Feldamme, stürzte in den Bergen ab und wurde aufgefunden.

Bei der Kirmesfeier ereignete sich am Sonntag in Kapelle bei Kiel ein Unfall. Als ein Unwetter aufbrach, läudete eine Enzahl Personen, darunter viele Kinder, in einen Musikpavillon, unter der Last zusammenbrach. Unter den Trümmern befanden sich etwa zwölf Kinder, sieben wurden schwer verletzt, eines verstorben. Auch mehrere Musiker wurden verletzt, einer einige schwer.

Eisenbahnunglüx. In Nienweiler, in der Nähe von Aachen, entgleiste am Sonnabend ein Eisenbahnzug. Der Zug war dadurch herabgezogen, daß die dritte Brücke geschnitten war, obwohl das Signal "freie Fahrt" zeigte. Der Eisenbahnhalt ist erheblich gestört; die internationale Flüge müssen über Köln und Haarlem und umgekehrt geleitet werden. Personen sind in dem Unfall nicht verunglückt.

Das Flottentheater des gescheiterten Dampfers "Paris". Am Freitag bei höchster Flut ungeachtet der größten Anstrengungen von fünf starken Schleppdampfern. Die Leidenden waren nicht vergrößert, und die Beschriftung nicht zu, daß, wosfern es bald, daß aufgängene Bordteil gehoben wird, bei dem Abschleppen der Postdamper in wenigen Stunden ganz verloren wäre.

Das Haupt der Neapeler Gauverbande, der sameseische Suifa, wurde an Bord eines österreichischen Dampfers in Paris verhaftet.

Ein Ruderboot, in welchem sich Kontreadmiral Osman, ein Schweizer und ein Schiffslieutenant mit 3000 Pfund Goldgeldern für das Marineresaal befanden, sankte im Goldenen Horn; der Schweizer Omann und der Schiffslieutenant ertranken, das Gold ist verloren.

Die Pest greift in Alexandrien rapide um sich; am Sonntag dort 8 Pestfälle konfektioniert worden. Alle verhinderten Familien verlassen die Stadt. Aus Kairo wird gemeldet, daß der benachbarte portugiesische Hafen von Flüchtlingen aus Alexandria überfüllt ist; in dessen herrliche dort großer Wohnungsmangel. Viele Touristen aus Fazit, daß Flüchtlinge die Krankheit einschleppen könnten, waren verläufen. Nach Privatdeutschen türkischer Blätter und Zeitungen seien auch in Bagdad und Ismailia am Suez-Kanal Pest-Erkrankungen vorgekommen, was jedoch verheimlicht wurde, damit es die Schiffsahrt im Kanale gestört und der Verkehr nach Ost-Afrika unterbunden werde. Der Sanitätsrat in Port Said hat erstmals Maßregeln ergriffen, damit die Krankheit nicht in diesem Hafenort eingeschleppt werde. Die türkische Regierung erlaubt ihnen zwei schon bestehenden Lazaretten in Elzomenae und einen noch dritten in Tripolis eröffnet.

Am gelben Fieber sind in Groß-Britannien zwei Missionare und ein Missionärster gebrochen. Das Missionshaus wurde verbrannt.

Die Cholera wütet, wie eine Drahtnachricht der Erhängung aus Alorabod (Ostindien) meldet, in Kurrache mit ungewöhnlicher Heftigkeit. Täglich werden an 200 Todesfälle gemeldet.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 30. Mai 1899.

Die Befestigung des "Gemüse"

Eine der brennendsten Fragen, die unsere modernen Großstädte beschäftigen. Da dürfte es recht interessant sein, nähere Angaben über die Müllverbrennung vermittelst des neuen "Müllschmelzens" in Berlin zu erfahren. Das "Centralblatt für Bauverwaltung" schreibt darüber:

Der Müll wird in eisernen Rästen, wie sie beim Reichsbahnamt sind, durch einen elektrisch betriebenen Aufzug bis zum oberen Ende des Ofens befördert und dort in zwei Trichter geschüttet welche in zwei sich langsam drehende, ebenfalls elektrisch betriebene Trommeln münden. Diese Trommeln sind geneigt und inwendig mit schaufelartigen Anhängen versehen, sodass der Müll gebrochen aufgedreht wird. Am oberen Ende der Trommeln wird die für den Verbrennungsluft erforderliche, auf etwa 800 Grad vorgewärmte Verbrennungsluft zugeführt. Durch diese Luftströmung werden schwer entzündbare Gegenstände von der sie umhüllenden, die Wärme schlechthin sendenden Schicht, die meist aus Asche besteht, freigesetzt, sodass die Hitze unmittelbar auf die Räste wirken kann. Aus den unteren Löffungen der Trommeln fällt der Müll in den Verbrennungsschacht, welcher in gleicher Höhe mit den Trommelmündungen wird dem Schachte des Brennstoffes in Form von Kohlenstaub zugeführt. Die Regelung der Kohlenstaubzufuhr erfolgt nach dem Patent des Erbauers Wegener durch ein Flügelrad, welches in einem horizontalen Kreislauf befindet und durch einen Motor, der durch den Luftstrom bewegt wird. Von der geneigten Sohle des Schachtes fließt die geschmolzene Massen über schrägeren Röhren, in einem Wasser umfließt, in ein Wasserbecken. Aus dem Wasser wird die flüssige Schlacke mit Harzen herausgezogen. Die Verbrennungsräste werden durch einen langen unterirdischen Rauchkanal dem Schornstein zugeführt und entweichen ohne merkbare Rauchbildung. Die Hitze der Räste ist so hoch, dass ein auf hohem Wege gelegenes Eisen und Schotterstein in den Zuschlag eingefüllter 2 cm breiter Schotter in kürzer Zeit wegfärbend wird. Die Hitze der Räste

wird jetzt nur zum geringen Theil ausgenutzt, um die zur Verbrennung erforderliche Luft in Röhren, die dem Rauchkanal parallel laufen, vorzuwärmten. Die stark vorgewärmte Luft wird, wie oben erwähnt, theils den Mülltrommeln, theils der Kohlenstaubfeuerung zugeführt.

Der gegenwärtige Betrieb ist noch als Versuchsbetrieb aufzufassen und wird sich augenscheinlich noch recht kostspielig gestalten; doch ist schon jetzt der Beweis erbracht, dass die Müllverbrennung auf diesem Wege in vollkommener Weise und ohne Belebung der Nachbarschaft erfolgt. Ferner ist bewiesen, dass sich für diesen Zweck die Kohlenstaubfeuerung recht gut eignet und eine völlig rauchlose Verbrennung erzielt wird. Zuweilen sind die geringen Rücksände an Schläge zweckmäßige Verwendung finden werden, etwa als Ersatz von Steinen zu Wegebefestigungen und zur Betonbereitung oder als Müllstoff bei Zwischenbedenken, müssen Versuche ergeben. Wirtschaftlich würde der Betrieb erst werden, wenn eine bessere Nutzung der jetzt zum größten Theil verloren gehenden Hitze der Rauchgase etwa dadurch erfolgt, dass mit der überflüssigen Wärme Dampfkessel gehetzt oder Trockenanlagen betrieben werden, die ganze Anlage also durch andere Betriebe ergänzt oder anderen Betrieben angegliedert wird. Borthelhaft dürfte z. B. der Betrieb einer Kohlenstaubmühle damit zu verbinden sein.

* **Ein Mieter darf vom Miethsvertrage zurücktreten,** wenn der Vermieter Prostituierte im Hause duldet. Dahin spricht sich ein Erkenntnis des Reichsgerichts zu, welches das "Grundeigenthum" veröffentlicht. Es heißt darin: "Der Vermieter war verpflichtet, dem Mieter während der ganzen Miethszeit die vermieteten Räumlichkeiten zu dem vertragsmäßig bedungenen Gebrauch zu gewähren. Dieser Verpflichtung ist er nicht nachgekommen; denn indein in seinem Hause öffentliche Dirnen ihr schimpfliches Gewerbe treiben, hören die darin belegenen Räume auf, sich zur Wohnung für anständige Familien zu eignen. Hat Vermieter hieron vor dem Rücktritt des Mieters von dem Vertrage keine Kenntnis besessen, so kann ihn dies nicht entschuldigen, es erwächst vielmehr gegen ihn hieraus der Vorwurf, daß er es an der genügenden Aufmerksamkeit habe fehlen lassen." — Nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch muss der Mieter den Wirth zunächst auf solche Mängel aufmerksam machen. Eine Pflichtverlegung trüfe den Wirth erst, wenn er nach erlangter Kenntnis die geeigneten Schritte zu ihm unterlässt.

* **Im Sozialdemokratischen Verein** stand gestern Bernsteins Bekanntes Werk über die Taktik der Sozialdemokratie auf der Tagesordnung. Zur Theilnahme an dieser Versammlung hatte sich eine so große Zahl von Mitgliedern eingefunden, daß der zur Verfügung stehende Raum in den drei Tauben leider nicht ausreichte und ein Theil der Genossen den Rückweg antreten musste. Wir kommen auf die Ausführungen der beiden Referenten, der Genossen Brühns und Müllers, obwohl das Signal "freie Fahrt" zeigte. Der Eisenbahnhalt ist erheblich gestört; die internationale Flüge müssen über Köln und Haarlem und umgekehrt geleitet werden. Personen sind in dem Unfall nicht verunglückt.

* **Wauarbeiter-Verein.** Die Bauarbeiter streiken in diesem Jahre nach einer Lohnverbesserung. Sie haben einen Lohntarif aufgesetzt, in welchem sie eine mäßige Erhöhung des Stundenlohnes und der Aufenthalts-beanspruchen. Der Arbeitgeber hat den Bauarbeitern die einzige Julage von 2 Pf. von Pfingsten ab zugesagt. Statt 25 sollten die Arbeiter 27 Pf. erhalten. Wenn der Arbeitgeberbund des Plattenwerkes, an deren Spitze die Herren Härtel und Simon stehen, eine Lohnaufbesserung durch ein Anschreiben gewährleistet, so sollte man doch meinen, dass sämmtliche Mitglieder des Bundes sich strikt an den gesetzten Beschluss halten und demgemäß die Entlohnung der Arbeiter einführen werden. Das ist leider nicht der Fall. Wenn Arbeiter sich weigern würden, zu einem vereinbarten Lohn zu arbeiten, dann würden die Meister sicherlich von dem Terrorismus, den die Arbeiter auf die Meister ausüben wollen, lamentieren. Was soll man aber von den Meistern sagen, die ihr gegebenes Wort brechen?

In der am Sonntag, den 28. Mai, im Koskowsky'schen Lokale stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des Bauarbeiter-Verein verklagten fast alle Arbeiter darüber, daß die Arbeitgeber ihr Versprechen entweder noch gar nicht oder nur teilweise einlösen. Unter diesen befindet sich auch der Innungsmeister Just, der am Waschlein die städtische Volksschule baut. Herr Just hat den Arbeitern theilweise 1 Pf. zugesetzt. Die Herren Feige und Kippe zahlen den bisherigen Gehalts, sie deuten noch gar nicht an eine Aufbesserung. Die Träger haben gehofft, daß ihnen die Julage von 2 Pf. ebenfalls zu Theil werden würde, aber mit Nichten. Unter solchen Umständen beschloß die Versammlung einstimmig, nochmals bei Herrn Obermeister Härtel wegen der Nichterfüllung des gegebenen Versprechens vorstellig zu werden. Die Arbeiter sind der Meinung, daß der Arbeitgeberbund dafür einzutreten hat, daß seine Mitglieder das erreichen, was der Bund beschlossen und für das er sich bei den Arbeitern verbürgt hat.

Ja der nächsten Versammlung wird über den Bescheid des Obermeisters Bericht erstattet werden.

* **Stadt. Arbeits-Nachweis.** Frequenz im städt. Arbeits-Nachweis-Amt in der Woche vom 21. Mai bis 27. Mai 1899: 2) Männer: Angekotete Arbeitskräfte 154; zu besetzende Stellen 55; besetzte Stellen 72; b) Frauen: Angekotete Arbeitskräfte 52; zu besetzende Stellen 30; besetzte Stellen 61.

* **Zur Briefbestellung in Breslau.** Das korrespondierende Bürobüro wird anscheinend von Neuem erwartet, zur Erleichterung des Briefbelegschafts und zur Beschleunigung der Briefbestellung in Breslau in den Aufdrucken der dahin bestimmen Briefsendungen hinter der Angabe des Bestimmungsorts stets die Nummer der Postanstalt zu vermerken, durch welche der Empfänger seine Briefträger zugestellt erhält. Die Nummer des Bestellpostamts ist mit römischer Ziffer anzugeben, damit Verwechslungen mit der zur Bodenungsangabe gehörigen, mit arabischer Ziffer vermerkten Hausnummer verhindert werden. Im Weiteren wird den in Breslau wohnhaften Empfängern empfohlen, den mit ihren in schriftlichem Verkehr stehenden Personen die Nummer ihres bisherigen Bestellpostamts mitzutragen und leichter am Ende der Briefe Rechnungsformulare u. s. w. handschriftlich oder durch Druck einfachlich zu machen. Nicht ratsam ist es, bei der Nummernangabe sich nach der im Aufgabestempel eines Briefes zu Breslau enthaltenen Nummer der Einlieferungs-Postamt zu richten, da die Angabe der Briefsendungen nicht selten bei einem anderen als demjenigen Postamt erfolgt, von welchem aus der Absender seine Poststelle im Wege der Bestellung oder Abholung empfängt. In den Schalterhallen der Breslauer Postämtern, sowie den übrigen Postämtern in der Provinz Schlesien und den Postämtern zu größeren Orten außerhalb Schlesiens sind Ver-

zeichnisse ausgehängt, aus denen ersichtlich ist, zu welchen Poststellen die einzelnen Straßen und Blöcke der Stadt Breslau gehören.

* **Sprachenverordnungen in Oberschlesien.** In Königsberg wurde unlängst die Delegierten-Versammlung der zum Gauverband im oberschlesischen Industriebezirk gehörigen Zweigvereine des schlesischen Provinzial-Vereins. Zu demselben gehören 12 Vereine mit 477 Mitgliedern, wobei 880 Kath., 68 evang. und 20 jüdisch sind. Außer den Berathungen über die für die am 9. September in Tarnowitz abzuhalrende Gauversammlung, für welche ein Vortrag über die Bedeutung einer gesetzigeren Volksbildung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes (Rektor Lehrer Hülbler-Tarnowicz) in Aussicht genommen ist, wurde die Annahme der vom Verein Rositz-Schoppin gestellten Resolution von Wichtigkeit sein. Dieselbe lautet: "Die Abgeordneten-Versammlung des Gauverbandes im oberschlesischen Industriebezirk nimmt mit Genehmigung Kenntnis von dem ablehnenden Beschluss des Kultusministers auf die Eingabe des oberschlesischen Klerus wegen Abänderung der bestehenden Sprachenverordnungen und stellt erneut fest, daß der in Oberschlesien bisher auf dem Schulgebiete verfolgte Weg der einzige richtige ist."

* **Gartengarten.** Die beiden heute und morgen stattfindenden Abschiedskonzerte der aus Breslau schiedenden Besagten werden aus den besten und beliebtesten Reportennummern, dem heutigen Publikum eine großen Genuss bieten. Maestro Giordano hat, um sich für die ihm zu Theil gewordene herzliche Aufnahme hier selbst zu revanchieren, einen March mit Ouverture "Auf Wiedersehen Breslau" komponiert, der an beiden Abenden um zirka 10½ Uhr vorgetragen wird.

* **Warnung.** Seit mehreren Wochen werden durch ein 17 Jahre altes Dienstmädchen zahlreiche Dienstherren geschädigt. Das Mädchen, welches sich stets Jda Wagner nennt, vermietet sich zum sofortigen Antritt und verschwindet so schnell wie möglich wieder, nachdem es seine Dienstherren bestohlen und betrogen hat. Auch Schlossstellendiebstahl verleiht das hoffnungslose Mädchen. Der richtige Name des Mädchens ist, wie nunmehr festgestellt ist, Dorothy Hübler. Das Mädchen, welches am 7. Mai 1882 geboren ist, wird zur Festnahme geführt. Zweckdienliche Angaben sind im 3. Kammr. 86 des Polizeipräsidiums zu machen.

* **Verschüttet.** Auf der Margarethenstraße werden Kanalanschlüsse gelegt, zu welchem Zweck in der Mitte des Fahrdbannes ein Hauptschacht ausgeworfen ist, an welchen dann die zu den verschiedenen Grundstücken führenden Seitenstädte angeschlossen werden. Der Hauptschacht selbst ist gut verkeilt. Als am 29. d. M. Nachmittags sich der Arbeiter August Biegel in einem dieser Seitenstädte befand und Weizungen vornahm, die zu Unterseite des Hauptverkehrs die Gedächtnis und verschüttet, wird zur Festnahme geführt. Zweckdienliche Angaben sind im 3. Kammr. 86 des Polizeipräsidiums zu machen.

* **Schiffsunfall.** Am 28. d. M. Nachmittags bald nach 7 Uhr ereignete sich auf der oberen Oder ein Schiffsunfall, der leicht von schweren Folgen hätte begleitet sein können. Der der Reederei vereinigter Schiffer gehöriger Dampfer "Eisbeth" fuhrstromauf und hatte nur wenige Passagiere an Bord. Als er in die Nähe des Wasserbehörden kam, fuhr ihm der Privatdampfer "Edgar Wölfe" entgegen und zwar direkt in der Richtung nach der rechten Flanke. Der Führer der "Eisbeth" sah die drohende Gefahr, ließ Gegendampf geben und versuchte mit Hilfe des Steuerns einen Zusammenstoß vorzubeugen. Dieser war aber trotzdem nicht mehr zu verhindern. Der Bordsteuern des anderen Dampfers drang tief in die rechte Flanke des Dampfers "Eisbeth", so dass dieser sofort die Faute aufzugeben musste. Die Passagiere wurden auf den Dampfer "Kaiser Wilhelm" übernommen.

* **Dichhäuse.** In der Nacht zum 28. d. M. wurde einem Polomotivheizer, der auf einer Promenade eingeschlafen war, ein Portemonnaie mit 21 Mark gestohlen. Das Portemonnaie war gezeichnet: 2. Komp. 6. Jäger-Bataillon. — Einem Kaufmann von der Paradiesstraße wurde in einem Restaurant auf der Breitestraße ein schwarzer Sommerüberzieher mit schwarzem Futter entwendet.

* **Bermuth.** Der 26 Jahre alte Kellner Karl Stenzel, welcher Schuhwerderstraße 43 wohnt, wird seit dem 24. d. M. vermisst. Er ist mit schwarzem Haar, schwarzer Hose, ebensolcher Weste und Hut bekleidet.

* **Blößlicher Tod.** Am 26. d. M. Nachmittags wurde in dem Keller eines Hauses auf der Gutsdorffstraße eine unbekannte etwa 50 Jahre alte Frauenversion in ansonsten sinnlos betrunkenem Zustand ausgefunden. Auf einem Wagen wurde sie in das Polizeigefängnis gebracht; sie war aber beim Eintragen dafür bereits verstorben. Die Leiche wurde darauf nach der Anatome abgeführt.

* **Selbstmordversuch.** Am 25. d. M. Nachmittags sprang ein Bäcker bei der Wilhelmstraße in die Oder. Ein Schiffer und ein Maurermeister trafen sofort Vorkehrungen zur Rettung des Lebensmüden und hielten mit ihren Bemühungen auch Glück. Da der Getreide bald darauf in bestige Erdmasse verfiel, wurde er in einem Krankenwagen dem Alterthütenhospital zugeführt.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 27. und 28. d. M. 34 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein K. Oberfelder, Tafelzähnen, Nagel eine Tabakose, ein Ring, eine Nadel, ein Korb und Bälge. — Abhanden kamen: ein Trauring, gez. S. K. 11. 91, eine Taschenuhr (Nr. 152,441), Leberkäse, eine Büchse mit Geld, ein Portemonnaie, enthaltend 5,50 M. und drei rothe Perlen, und eine Handtasche mit 21 M.

Versammlungen. Am Sonntag, den 29. Mai, fand im Städtischen "Bauhof" eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Plauter Deutschlands, Geschäftsstelle Breslau, statt. Zu ersterem Punkte erörterte Kollege Röder, daß die Arbeitgeber ihr vertragenes Wort nicht gehalten haben, nämlich die zehnjährige Arbeitszeit und 48 Pf. Lohn pro Stunde zu gewähren. Mehrere Kollegen erklärten, daß sie auf ihre Verlangen das vertragene erhalten hätten, nur welche Unternehmer gebe es noch, die sich nicht fügen wollten und daran seien meistens die Poltere schuld. Kollege Krause schilderte das "Betriebs-System" bei der Lohnauszahlung. Das müsste unbedingt abgeschafft werden, ebenso der Freitag-Wochenabschluß. Kollege Röder wollte die Regelung der Sache dem Vorstand überlassen. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlag zu. Kollege Röder gab bekannt, daß der Kollege Bleile gekrönt ist und reichte die Versammlung, sich von den Blättern zu erheben. Er teilte weiter mit, daß jetzt so viel Ansprüche an seine Zeit gemacht würden, daß er nicht mehr im Stande sei, sein Amt so weiter zu führen. Kollege Jänsch schlug vor, weil jetzt so viele Mitglieder hier in der Geschäftsstelle seien, einen Vertreterkommitté einzustellen. Wenn jedes Mitglied pro Monat 10 Pf. zahlt, so braucht sich der Kollege um seine andere Arbeit umsehen. Nach langer Diskussion wurde beschlossen, daß ein Kollege zur Erledigung der vor kommenden Arbeiten fest angestellt werden soll und wurde beauftragt ein Komitee von 12 Kollegen zu wählen, welches den Geist der Ges

dieser Nachforschungen erhielt der Vorsitzende der hiesigen Sektion des handschuhmacher-Verbandes ein Strafmandat über 15 Mark. Derselbe erhob Widerspruch, weil er dem Vorstand des Sozialdemokratischen Arbeiter-Bundes nicht angehört. Eine Woche später erhielt der Kassier des Sozialdemokratischen Arbeiter-Bundes ein Strafmandat über 15 Mark, welches auch begahnt wurde, da wirklich einige Anmeldungen nicht rechtzeitig gemacht waren, wogegen der Kassier kein Statut verpflichtet war. Wieder etwas später erhielt der Vorstand des hiesigen Sozialdemokratischen Arbeiter-Bundes wegen derselben Angelegenheit ein Strafmandat über 15 Mark. Auch hier wurde Widerspruch erhoben und einige Wochen später dem Betreffenden von der Polizei mitgetheilt, dass ein Freiheit vorliegt. Allo sind jedenfalls diese zwei Strafmandate zurückgeworfen worden, da eine gerichtliche Verhandlung nicht stattgefunden hat.

Hainau, 29. Mai. Bei der hiesigen Allgemeinen Ortsfrankentasse ist die Stenbantensche zu besiegen. Gehalt 5 Prozent der Einnahme, betrug im vorigen Jahr 974 Mark. Ration 1000 Mark. Dazu befähigte Bewerber wollen sich bis 16. Juni d. J. beim Vorstand der Allgemeinen Ortsfrankentasse Hainau, Buchbindermischer Brückner, Ring 30, melden.

Vorpendorf a. Cu., 26. Mai. Unfall. Gestern wurde auf der Binsleuer Chaussee, unweit der „Fuchsbrücke“, durch Schwerden des Pferdes die Vorpendorfer Post umgeworfen. Der Wagen wurde zerstört; die Insassen, drei Damen, wurden so schwer verletzt, dass er bald darauf verstarb.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Küda, 27. Mai. Explosions. Auf der Wolfganggrube explodierte ein Lampenrohr, wodurch der Maschinendreher Seifert aus Karl-Emanuel-Kolonie im Gesicht erheblich verbrüht wurde, so dass er höchst wahrscheinlich das Auge verlor; auf beiden Augen verloren wird.

Siedeburg, 27. Mai. Feuer. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr brannte im nahen Gebäudeforum das Wohnhaus des Fabrikanten Mühlke fast vollständig nieder.

Auerlau, 29. Mai. Todt gefährdet. Vorgestern Nachmittag ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall, dem leider ein Kindesleid vom Oder fiel. Als treibere mit Holz beladenen Wagen des Domänenamtes Stedten aus dem Gorolaper Hafen zurückfuhren und die sogenannten drei Kübeln passierten, wie der Knecht eines Wagens eh. Herbei kam er zu Stelle, so dass er unter das Pferd trat. Der Wagen ging ihm über die Brust hinweg und der Bedauernswerte wurde sofort getötet.

Königshütte, 29. Mai. Unglücksfall. Dem Tage arbeiter Denit wurde am Sonnabend Abend gegen 7 Uhr auf Gang (Goritzganz.)

schaft der Königshütte beim Zusammenstoßen von Eisenbahnwagen durch die Wucht der Bruttlasten eingedrückt. Der Unglückliche, welcher erst 34 Jahre alt und Vater von vier Kindern war, starb augenhilflos.

Schönenthalowitz, 27. Mai. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 26. d. Mts. auf der Salzhütte. Der Wagenschmiede Johann Kochanek war mit dem Schmieden eines Schlädenwagens beschäftigt, als dieser kippte und den glühenden Inhalt über Kochanek ergoss. Er durfte schwerlich mit dem Leben davonkommen.

Beuthen, 29. Mai. Heilige Liebe. Der Barbier Josef G. befand sich gestern mit seiner Geliebten in einem Restaurant. Als das Mädchen lob, dass G. mit einem anderen Mädchen schaute, geriet sie derartig in Eifersucht, dass sie ein Schnittglas ergreift und den „Unglücksreichen“ zweimal mehrere Male über den Kopf schlug. Der so Misshandelte erhielt Wunden an der linken Wange, am Kinn und am Kopf. Ihm wurde im Feuerlöschdepot ein Verbund angelegt.

Jaborz, 28. Mai. Vieles vom Unglückheim gesucht wird eine hiesige Arbeiterfamilie. Nachdem vor 4 Wochen das Haupt der Familie auf der Grube tödlich verunglückte, ist gestern der älteste Sohn, welcher auf einer Höhe in Lippe beschäftigt war, so schwer verletzt worden, dass er bald darauf verstarb.

Jabrz, 28. Mai. Reicher Familieneigen. Ein schon mit 8 Kindern gesegnetes Ehepaar aus dem Arbeiterstande wurde gestern mit Drillingen — zwei Mädchen und einem Knaben — belohnt.

Katibor, 28. Mai. Verbrechen? Am 26. d. Mts. kam Nachmittags in das Kleinmünische Goldauk in Klein-Peterwitz der Zimmerpolier Kubasch aus Schreibersdorf hiesigen Kreises und wurde dort in einen Stein verworfen. Als er auf den Hof austrat, hörte man bald darauf von dort einen dumpfen Schlag. Den Herzzeitenden bot sich ein gräßlicher Anblick. Kubasch lag in einer Blutlache am Boden mit zerschmettertem Gehirn. Da zwei Stunden verzögert der Unglücksreiche ohne das Bewusstsein zurückgegangen zu haben. Ob gerade in einem Erdbebenfall gefüllt und hierbei die schweren Verletzungen davongezogen hat, oder der Verdacht eines Verbrechens sich bestätigt, wird die erwartete Gerichtskommission festzustellen haben.

Kittlitz, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohnhäuser. Die Bahnhofsmaltung hat vom hiesigen Gußbauer Pflug 8700 Quadratmeter Acker als Bauplatz für Arbeitserwohnhäuser gekauft. Zudem sollen zwei Arbeitserwohnhäuser mit je zwölf Wohnungen erbaut werden.

Königszelt, 28. Mai. Arbeitserwohn